

Ein von Ring-Offenbach begründeter und von Koch-Kemnitz damit bekämpfter Schlußantrag, daß die Verhältnisse in Solingen noch nicht erörtert seien, wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Buttkis-Berlin bestreitet die Behauptung Försters, daß die Freie Vereinigung der Berliner Fliesenleger einen unklüßbaren Tarifentwurf vorge schlagen habe. Ein solcher Entwurf sei von den Unternehmern vorgelegt worden.

Körner-Berlin beruft sich auf Mitteilungen, die ihm von zentralorganisierten Fliesenlegern geworden seien.

Stadthagen: Es ist unrichtig, wenn Elm behauptet, ich hätte im „Vorwärts“ Friedbergs Vorgehen und das der Anarchosozialisten entschuldigt. Meine damalige Erklärung im „Vorwärts“ beweist das Gegenteil. Ich habe darin erklärt, daß der Anarchosozialismus auf ganz unklaren Theorien aufgebaut sei, die dieselbe Wurzel hätten, wie der Revisionismus. Ferner habe ich ausdrücklich gesagt, es sei im höchsten Grade bedauerlich, daß die Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes zwischen Zentralverbändlern und Lokalorganisierten fehlgeschlagen seien. Seitdem habe die Verbitterung bei den Lokalorganisierten Genossen so stark Platz gegriffen, wie nie zuvor. Aber diese Verbitterung darf nicht so weit gehen, daß die Lokalorganisierten nicht in die Zentralverbände hineingehen wollten. Diese Erklärung ist von v. Elm also vollständig verfälscht und verdreht worden. (Sehr richtig!)

v. Elm: Nach der Erklärung Stadthagens nehme ich meine Behauptung zurück. Wir haben hier eine Reihe Kongreßteilnehmer gesagt, Stadthagen habe das Vorgehen der Anarchosozialisten indirekt entschuldigt, indem er für die konfuse Ideen der Anarchosozialisten in erster Linie die Vorwärtsredaktion verantwortlich machte. Wenn das nicht der Fall ist, ist die Sache damit erledigt. Gegen Buttkis stelle ich fest, daß die „Einigkeit“ doch denunziert hat. Wenn Ledebour behauptet, Fischer sei nicht Anarchosozialist, so erkläre ich einfach, daß Fischer die Kongreßresolution als Ausschußmitglied der Lokalorganisierten mit verfaßt hat.

Stadthagen: Ich bedauere, daß v. Elm nicht einfach erklärt hat, daß das, was er behauptet hat, falsch ist. Er hat sich auf Hintertreppenerzählungen von Kongreßteilnehmern berufen. Ich bin dadurch gezwungen, den entsprechenden Satz aus meiner längeren Erklärung zu verlesen, dann mag der Parteitag entscheiden, ob auch nur die Möglichkeit eines Irrtums vorlag. An einer Stelle der Erklärung heißt es: „Ihnen hilft man nicht durch Fernbleiben, sondern durch Propagandierung der Einheitlichkeit von Gewerkschaft und Partei innerhalb der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ab. Das ist in Berlin und der Provinz Brandenburg dringend erforderlich.“ Weiter heißt es zum Schluß: „Möge die beklagenswerte Annahme der Feenpalast-Resolution zu einer Stärkung der Ueberzeugung beitragen, daß zur Befreiung der Emancipationskämpfer der Arbeit dringend erforderlich Vertiefung der Erkenntnis des Zusammenhangs der Dinge, Einheit auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete ist. Hält man sich diese Ziele vor Augen, so kann auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete Zentralisation unter gleichzeitiger freier Entfaltungsmöglichkeit der einzelnen agitatorischen Kräfte und ein in Unterordnung unter den Willen der Partei vom Klassengefühl zum Klassenbewußtsein leitendes Organ in Berlin vor. mancherlei Erschwerung der Aufführungsarbeit, die unter so unendlichen Opfern nach vortwärts drängenden Genossen und die Partei betahren.“ (Hört! hört!)

Buhl-Leipzig (zur Geschäftsordnung): Durch den Schluß der Debatte sind wir Leipziger verhindert, dem Genossen von Elm zu antworten und seine Angriffe auf die „Leipziger Volkszeitung“ zurückzuweisen.

Es folgt die Abstimmung. Sie ergibt die Annahme des Antrages Fischer-Berlin auf motivierte Tagesordnung mit großer Mehrheit. (Beifall.)

Damit sind alle anderen Anträge erledigt; ebenso dieser ganze Punkt der Tagesordnung.

Auf Vorschlag Webers wird die Zeit für die Einbringung von Vorschlägen zur Wahl der Parteileitung bis nach Schluß der Nachmittags-Sitzung verlängert. Eine Reihe Begrüßungstelegramme ist eingelaufen, darunter eines von Blinden Parteigenossen Berlins. (Bravo!)

Der Gauleiter Schläter-Bielefeld vom Tabakarbeiterverband teilt die Absicht der dortigen Unternehmer mit, 10 000 Tabakarbeiter auszusperrn. (Entrüstungsrufe.)

Die Mannheimer und Ludwigshafener Arbeitergesangsvereine laden die Delegierten für nächsten Sonntag zu einer Fahrt nach Worms ein.

Schluß 12^{3/4} Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

2^{1/2} Uhr. Den Vorsitz führt Dreesbach.

Der Parteitag tritt in die Beratung von Punkt 6 der Tagesordnung:

Maiseier.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen vor die Anträge: 52—57, 131 Abs. 3, und die Resolution (159) des Berichterstatters.

Sämtliche Anträge sind genügend unterstützt; sie gelten als Amendements zur Resolution 159.

Berichterstatter Richard Fischer: Als wir im vorigen Jahre in Jena die Frage der Maiseier besprachen, da standen wir unter dem Eindruck, daß zwischen Partei und Gewerkschaften über die Form der Maiseier und ihren Charakter Meinungsverschiedenheiten obwalteten. Wir haben deshalb auch in Jena nach einem ausführlichen Referat eine längere Diskussion gehabt. Dies Jahr, glaube ich, liegt zu längeren Ausführungen kein Anlaß vor. Soweit Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, sind sie durch die Jenaer Resolution, die ja einstimmig angenommen wurde, beseitigt. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften seit einer Reihe von Jahren auf dem Standpunkte standen, den sie auch in Jena betonten, sich in der Maiseierfrage solange bebingungslos den Beschlüssen der Partei zu unterwerfen, bis eventuell ein nächster internationaler Kongreß zu einer neuen Form der Maiseier definitiv Stellung genommen hat. Die Gewerkschaften werden, nach ihren bisherigen Absichten zu schließen, auf dem nächsten internationalen Kongreß in Stuttgart diese Frage von neuem zur Beratung bringen. Da, wie gesagt, zwischen Partei und Gewerkschaften keine Meinungsverschiedenheiten obwalten, können wir uns dieses Jahr damit begnügen, die Jenaer Resolution unverändert wieder anzunehmen. Deshalb glaube ich heute von einer besonderen Begründung absehen zu können. Die vorliegenden Amendements bitte ich sämtlich abzulehnen. Der Antrag 52 besagt zwar, man solle nur der Jenaer Resolution bestimmte Sätze zufügen; aber diese Sätze stehen in einem Gegensatz zu der Jenaer Resolution. (Sehr richtig!) Das wäre das gleiche als wenn man einem Glas Zuckersüßwasser eine Portion Essig hinzusetzen und dann sagen würde: das ist das richtige Zuckersüßwasser. (Heiterkeit.) Der Antrag würde getadelt den alten Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft hervorbringen. Wenn es in dem Antrage heißt: die Gewerkschaften allein haben die Verantwortung zu tragen, so stimmt das nicht. In Jena hat die Partei sich bereit erklärt, eventuell für sie durch

die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai entstehenden Kosten mit aufzukommen, und wir haben es ja in diesem Jahre gesehen, daß da, wo die Gewerkschaften aus eigener Kraft nicht instande waren, die Opfer der Maifeier zu tragen und sich an die Parteikasse wandten, allen diesen Gesuchen ohne Einschränkung Rechnung getragen ist. Berlin z. B. hat 100 000 Mk., Hamburg 6000 Mk. für die Opfer der Maifeier aus der Parteikasse empfangen. Der Antrag ist auch deshalb unannehmbar, weil er einen Unterschied macht zwischen den gewerkschaftlich und den politisch organisierten Genossen. Bisher suchten wir immer eine gegenseitige Vereinbarung herbeizuführen; jetzt soll ausgesprochen werden, daß allein die gewerkschaftlichen Organisationen über die Form zu befinden haben und daß die gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen sich dem fügen müssen. Wie aber, wenn zwei verschiedene Beschlüsse vorliegen? Man braucht nur diese Frage aufzuwerfen, um einzusehen, daß man den Antrag ablehnen muß. Wenn weiter darin die Rede ist von planlosen Putzchen usw., so braucht man darüber auf einem Parteitag nicht zu reden, sondern geht am besten zur Tagesordnung über. (Sehr richtig!) Den Antrag 53 halte ich für so selbstverständlich, daß es geradezu als Beleidigung aufgefaßt werden muß, wenn man verlangt, daß Parteivorstand und Generalkommission sich noch mehr als bisher bemühen sollen, um der Maifeier einen würdigeren Charakter zu verleihen. Auch der Antrag 54 muß kurzerhand abgelehnt werden. Die Differenzen im Metallarbeiterverband in Berlin sind Sache der Berliner; der Parteitag hat sich damit nicht zu befassen. Ueber Punkt b haben wir schon bei dem vorhergehenden Punkte entsprechende Diskussionen gepflogen und Punkt c wirkt ganz verschiedene Dinge durcheinander. Was die Gewerkschaften mit den Mitgliedern machen sollen, die ihren Beschlüssen nicht Folge leisten, ist Sache der Gewerkschaften und nicht der Partei. In erster Linie müssen die Gewerkschaften dafür sorgen, daß Disziplin in ihren Reihen herrscht und glauben sie dazu der Unterstützung der Partei zu bedürfen, so muß man von Fall zu Fall entscheiden. Aber wir können nicht beschließen, daß jemand, der einen Beschluß seiner Gewerkschaft nicht respektiert, einfach auf bloßen Antrag hin aus der Partei ausgeschlossen werden muß. Denn dadurch würden wir ja die Gewerkschaft als eine Instanz hinstellen, die über die Zugehörigkeit zur Partei zu entscheiden hat. (Sehr richtig!) Er ist auch formell unannehmbar, weil wir im Statut genaue Bestimmungen darüber haben, daß Ausschluß nur erfolgen kann auf dem Wege des scheidengerichtlichen Verfahrens. Der Antrag 55 ist ebenso selbstverständlich wie der Antrag 53. Der Antrag 55 spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag zum Ausdruck bringt, daß die Sozialdemokratie an der durch den internationalen Arbeiterkongreß zu Paris 1889 beschlossenen Form der Maifeier festhält und energisch Propaganda für die Maifeier zu machen hat. Das haben wir getan, indem wir in Jena die Resolution faßten, die ich ihnen heute abermals unterbreite. Zu dem, was der zweite Teil des Antrags fordert, liegt gar kein Anlaß vor. Der Jenaer Beschluß hat alle Gegeneinwendungen beseitigt. Es hat sich dabei auch nicht um Bestrebungen gehandelt, sondern um die Auffassung eines einzelnen Genossen und es ist nicht Aufgabe des Parteitages, über eine persönliche Auffassung zu entscheiden, ein Jahr nachdem ein Parteitag dazu Stellung genommen hat. (Sehr richtig.) Den Antrag 57 endlich halte ich gleichfalls für selbstverständlich. Die Sache ist zu kleinlich, als daß ein Parteitag erst darüber Beschluß zu fassen braucht. Wir würden der Partei damit geradezu ein Amutzzeugnis ausstellen. Den Antrag 58 will ich also, unter Ablehnung aller Amendements den Beschluß von Jena zu wiederholen. (Lebhafter Beifall.) Die Diskussion wird eröffnet.

Seyering-Bielefeld: Die Anregung zu dem Antrag 52 kam nicht von einem Gewerkschaftsbeamten, sondern von einem Genossen, der sich in hervorragender Stellung in der Partei befindet. Ob die Möglichkeit zur Durchführung der

Arbeitsruhe am 1. Mai vorhanden ist, darüber kann nicht die politische Organisation entscheiden, sondern nur die Gewerkschaften. Nicht aus finanziellen Gründen haben wir den Antrag gestellt, sondern um unsere Kollegen nicht in einen Gewissenskonflikt hineinzutreiben. Daß es an Entschlossenheit zu kämpfen für die Arbeitsruhe am 1. Mai bei den Gewerkschaftsmitgliedern fehlt, kann wohl niemand sagen, aber die Hauptsache ist und bleibt doch die Organisation in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht. Vor unbesonnenen Putzchen muß ganz entschieden gewarnt werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Schlußwort erhält

Richard Fischer-Berlin: Die Partei hat niemals beanprucht, daß diese Frage von der politischen Organisation entschieden werde, sondern sie hat das den Gewerkschaften überlassen und deshalb sind alle Schlußfolgerungen des Vorredners hinfällig. Ich kann nur wiederholen: Nehmen Sie einstimmig die Vorschläge meiner Resolution an und überlassen Sie es dem internationalen Kongreß, das weitere zu beschließen. (Lebhafter Beifall.)

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Resolution 159.

Es folgt Punkt 7 der Tagesordnung:

Sozialdemokratie und Volkserziehung.

Hierzu liegen vor die Anträge: 72, 73, 74, 75, 77, 78, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 142, 143, 144, 152, 153, 154, 168 und die Zeitfrage der Berichterstatter (Nr. 148). Nr. 72 ist zurückgezogen. Nicht unterstützt werden die Anträge 78, 82 und 83. Alle übrigen Anträge werden unterstützt.

Berichterstatter **Heinrich Schulz-Bremen:** Wir beiden Referenten, Genossin Zeitlin und ich, haben uns in die Arbeit so geteilt, daß mir die Schul- und Erziehungsfrage in engeren, mehr sachtechnischen Sinne zugefallen ist, während Genossin Zeitlin die Anwendung unserer pädagogischen Grundsätze auf das proletarische Elternhaus und auf die Selbsterziehung, ferner die praktischen Aufgaben der Partei in bezug auf die Bildung und die theoretische Festigung der Genossen darzustellen übernommen hat. Den Leitfaber meiner Ausführungen bilden deshalb die ersten drei der Ihnen vorliegenden Leitsätze. Genossin Zeitlin wird hernach die übrigen drei Leitsätze begründen.

Zum erstenmal beschäftigt sich ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie mit der Erziehungsfrage. Wohl ist auf früheren Parteitagen gelegentlich über die eine oder die andere Nebenfrage pädagogischer Art gesprochen worden; auch ist natürlich in den Programmdebatten in Erfurt und Halle die Schulfrage gestreift worden. Aber selbst hier nur recht flüchtig. So beschränkte sich Liebknecht 1890 in Halle auf die lakonische Bemerkung: „Die allgemeine gleiche Volkserziehung durch den Staat ist selbstverständlich, ebenso der unentgeltliche Unterricht in allen Bildungsanstalten.“ In Erfurt (1901) ging Liebknecht zwar etwas näher auf die im praktischen Teile des dort beschlossenen Programms entfalteten Schulforderungen ein, begnügte sich aber auch hier mit einem kurz gehaltenen Kommentar der Forderungen der Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den öffentlichen Volksschulen, der Verpflegung und des Aufrückens in höhere Schulen. Grundsätzliches zur Erziehungsfrage sagte er nicht. Auch bei den späteren gelegentlichen kurzen Debatten, die sich meistens um Anträge zum Parteitag, besonders um die stetig wiederkehrenden Wünsche nach Schaffung einer sozialistischen Kinderliteratur drehten, kam man kaum über einige mehr oder weniger wichtige oder unwichtige Nebendinge hinaus.

Besentlich besser sind die mannigfachen Schulangelegenheiten auf den zahlreichen Landeskonferenzen und Zusammenkünften von Gemeindevorstellern, die in den letzten Jahren in zunehmendem Maße stattgefunden haben, davongekommen. Weil die Schule in Deutschland Landesache, nicht Reichsache ist, sind die parteigenösslichen Abgeordneten in den bundesstaatlichen Parlamenten vor die Aufgabe gestellt, sich mit den Schulangelegenheiten zu befassen und